

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 213

für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 249

Bezugspreis: für die hier und auswärtsige Bezugs monatlich M. 6,00, vierteljährlich M. 18,00 pro Jahr, Druck der Zeitung jugendlich postal. Bezugspreis.

Morgen-Ausgabe  
Dienstag, 15. Juni

Anzeigenpreis: Die Sp. 34 mm breit und 6 mm hoch 0,4. Die 10 Sp. 30 mm breit und 6 mm hoch 0,8. A. 24 mm breit und 6 mm hoch 0,8. A. 24 mm breit und 6 mm hoch 0,8. A. 24 mm breit und 6 mm hoch 0,8. A. 24 mm breit und 6 mm hoch 0,8.

## Neueste Tagesnachrichten

- \* Dr. Trimbom (Zit.) ist von Oberst mit der Kabinetsbildung beauftragt worden.
- \* Die Schöneringer Landtagswahlen ergaben einen neuen Kurs nach rechts.
- \* Argentinien hat das Getreideausfuhrverbot aufgehoben.
- \* Die auflösbaren Kabinete liegen vor. Die neue norwegische Ministerium beabsichtigt, seinen Kabinett einzurufen.
- \* Jonevich und Protasow sind zu Ministern ernannt worden. Durchbruch erzielt die Regierung in Bulgarien überaus eine bedeutende Verstärkung.

## Nach Dr. Heintze — das Zentrum

Trimbom Bericht zur Kabinetsbildung — Eine bürgerliche Koalition? — Nummer wieder das Wirtschaftskabinett — Die vorläufigen Demokraten

Berlin, 14. Juni.  
Der Reichspräsident hatte heute Vormittag mit dem Abgeordneten der Zentrumsfraction, Scheidemann, Dr. Trimbom, eine längere Besprechung, in deren Verlauf Dr. Trimbom die großen Schwierigkeiten der Bildung eines neuen Kabinetts besprach. Der Reichspräsident erklärte Trimbom unter Hinweis auf den Ernst der Situation gleichwohl, die Kabinetsbildung zu übernehmen. Dr. Trimbom nahm diesen Auftrag an.  
Wie der „Volks-Anz.“ von hervorragender Vertraulichkeit erzählt, dürfte Dr. Trimbom den Versuch machen, eine Koalition zu bringen, in der die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Radikalen und Demokraten liegen. Ein solches Kabinett würde allerdings nicht die Besetzung im Reichstag haben. Trimbom läßt sich aber wohl von der Voraussetzung leiten, daß sowohl die Sozialdemokraten als auch die Deutschnationalen einer solchen Koalition gegenüber eine wohlwollende Neutralität innehalten würden. Eine reine Reichskoalition läßt der Generalmann der Berliner Fraktion für ausgeschlossen, weil sich die Demokraten an einem bürgerlichen Block nicht beteiligen würden. Die Demokratie macht ihre Stellungnahme von dem Entschluß abhängig, der in der morgigen Sitzung der Zentrumsfraction fallen wird.  
Zu dem weiter telegraphisch gemeldet:

Berlin, 14. Juni.  
Der Reichspräsident des Zentrums, Dr. Trimbom, der nunmehr über sein Kabinett zu bilden, hat über seine Absichten bisher noch nichts bekannt lassen. Man weiß nur, daß während der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum Verhandlungen im Gange sind. Ein solches Kabinett würde allerdings nicht die Besetzung im Reichstag haben. Trimbom läßt sich aber wohl von der Voraussetzung leiten, daß sowohl die Sozialdemokraten als auch die Deutschnationalen einer solchen Koalition gegenüber eine wohlwollende Neutralität innehalten würden. Eine reine Reichskoalition läßt der Generalmann der Berliner Fraktion für ausgeschlossen, weil sich die Demokraten an einem bürgerlichen Block nicht beteiligen würden. Die Demokratie macht ihre Stellungnahme von dem Entschluß abhängig, der in der morgigen Sitzung der Zentrumsfraction fallen wird.  
Zu dem weiter telegraphisch gemeldet:

## Der Standpunkt der Volkspartei

Zu den politischen Vorfällen des Sonntags nimmt die „Nationalistische Korrespondenz“ die folgende Stellung:  
„Nachdem der Reichspräsident trotz der Unzulänglichkeit dieses Reichstages, den Abgeordneten Dr. Heintze mit der Regierungsbildung beauftragt hatte, war die Gelegenheit gegeben, die Verantwortlichkeit der Regierung auf sich zu nehmen. Die Regierungsbildung war auf praktisch zu erweisen, andererseits aber eine rasche und unumkehrbare Entscheidung über die Bildung der Sozialdemokratische Kabinets. Aus diesem Grunde hat sich Abgeordnete Dr. Heintze am Sonntag Vormittag dem Reichspräsident gegenüber bereitwillig, die es gebilligten Auftrag unter der Voraussetzung auszuführen, daß die Sozialdemokratische Fraktion sich nicht von der Regierungsbildung auslösche. Am Heutigen Nachmittag zu gewinnen, hatte Abgeordnete Dr. Heintze am Sonntag abends um 7 Uhr im Palais des Reichspräsidenten eine besondere Unterredung mit dem bisherigen Reichspräsidenten Hermann Müller und dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion, Böbe, die ihm diese erklären, daß ihre Fraktion sich nicht beteiligen werde. Darauf begab sich der Abgeordnete Dr. Heintze zum Reichspräsidenten, um ihm mitzuteilen, daß er nach der Ablehnung der Sozialdemokratischen Fraktion den Auftrag zur Regierungsbildung nicht übernehmen könne. Die Verantwortung für das Miß-

außenbedingen einer regierungsfähigen Koalition fällt also zum ausschließlichen der Sozialdemokratischen Fraktion zur Last.  
Der Abgeordnete Dr. Heintze ein allgemeines Mandat nicht übernommen hätte, so war die Angelegenheit damit für ihn erledigt. Zu weiteren Schritten hat er sich um so weniger veranlaßt, als die Schwierigkeiten, eine Regierung ohne die Sozialdemokratische Fraktion zu bilden, die Haltung der Sozialdemokratischen Partei außerordentlich erhöht werden. Die Demokratische Fraktion hat ebenfalls erklärt, daß sie eine Regierungsbildung ohne die Teilnahme der Sozialdemokratie ablehnt. Eine solche Regierung würde also dann auf die beiden Fraktionen der Rechten und des Zentrums, d. h. auf eine Minderheit, beschränkt sein. Für die Bildung eines künftigen Kabinetts kommt in dieser Hinsicht das Zentrum in Frage, das durch seine Beziehungen nach rechts und links vermittelt und gewonnen werden kann.“

## Niederlage der Linken in Mecklenburg-Schwerin

B. Biber, 14. Juni.  
Aus Schwerin wird gemeldet: Bei den gestrigen Landtagswahlen für Mecklenburg-Schwerin konnten die Rechtsparteien einen weiteren erheblichen Gewinn im Vergleich zu den Reichstagswahlen erzielen. Die Deutschnationalen erzielten bisher 6406 Stimmen, die Deutsche Volkspartei 4890, die Mittelstandsvereinsigung 21 079, die Demokraten 20 640, die Sozialisten 116 311, die Unabhängigen 22 942 und die Kommunisten 1194. Der Gewinn der Rechtsparteien geschah auf Kosten der Linken, insbesondere der Demokraten. Auf je 5000 Stimmen entfällt ein Abgeordneter. Eine Reihe von Orten ließ noch aus. Somit würden nach dieser vorläufigen Meldung, wenn die Stimmen sich gleichmäßig verteilen, an Abgeordnetenstellen erzielten: die Deutschnationalen 12-13, die Deutsche Volkspartei 10-11, die Mittelständler 4, die Demokraten 4, die Reichstagssozialdemokraten 20-21, die Unabhängigen 4 und die Kommunisten 0 Sitze.  
Die bisherige sozialdemokratische- demokratische Mehrheit von 49 Stimmen ist demnach fast zum Verschwinden, denn schließlich hätte das linke Bündnis nur noch im Bundesrat. Am 29. Februar 1919 erlangten unter den 84 Sitzen die Reichstagssozialdemokraten 32, die Demokraten 17, die Deutschnationalen 10, die Deutsche Volkspartei 3, der Vorposten 2 und der Handwerkerband 1.

## Die Konferenz von Spa am 5. Juli

Paris, 14. Juni.  
Die Konferenz von Spa ist nunmehr endgültig auf den 5. Juli festgesetzt. Es hängt alles von der Entscheidung des französischen Kabinetts ab, nach Spa zu gehen angesichts der Schwierigkeiten, denen es entgegensteht. Bisher hat es vor allem mit der Befürchtung Bismarcks zu tun, der von einer genauen Festlegung der deutschen Entschädigung nichts wissen will.

## Scheidemann und der Bürgerkrieg

Die Stellungnahme der Mehrheitssozialisten bei den jetzigen Kabinetsverhandlungen, bei denen sie beinahe die gesamte Koalition mit den bürgerlichen Parteien ablehnten, bedeutet einen Sieg des durch Scheidemann vertretenen linken Flügel der Partei, der infolge des Aufstiebens der rechtlich mehr rechts gerichteten Führer in der neuen sozialdemokratischen Fraktion, die von Scheidemann abgetrennt hat. In diesem Zusammenhang ist es vielleicht angebracht, nochmals auf die Äußerungen Scheidemanns von dem drohenden Bürgerkrieg zurückzukommen. Herr Scheidemann hat beinahe abgelehnt, daß er die Verweigerung des Wortlaut oder dem Sinne nach getan hat. In der „Allgemeinen Zeitung“ bekräftigt jetzt der Stadtdirektor Frey, daß Herr Scheidemann ohne jegliche äußere Veranlassung mit dem Bürgerkrieg gedroht habe. Er fährt fort:  
„Gegenstand der Beratung des städtischen Ausschusses am 14. Juni war die Frage, ob Herr Oberbürgermeister am vorigen Dienstag dem Stadtdirektor die folgende Erklärung:

„Es ist zweifellos und darum unnötige Zeit, und Kraftvergehung, sich eingehend mit der Beratung des neuen Verfassungskonzepts zu befassen. Er sei genügend untersucht, um sagen zu können, daß wir vorausichtlich innerhalb zweier Monate ein Bürgerkrieg in Deutschland haben würden. Dann werde ja das alles über den Haufen geworfen. Die einzige regierungsfähige Koalition für die bisherige gewesen. Nun, da sie in Frage gestellt, müßte mit dem Schlimmsten gerechnet werden.“

„So und nicht anders ist die Sache! Der größte Teil der Mitglieder des Ausschusses haben sich demgegenüber verhalten, wie mit dem Befehligen. Mehr infolge der Aufregung der Ausschussmitglieder über das 5 Millionen-Darlehens noch infolge der Ausführungen eines volksparteilichen Stadtdirektors über die Verbilligung der Lebensmittel hat Herr Oberbürgermeister sich, seine Ausführungen nicht. Sie erfolgen ziemlich unermittelbar, aber wegen ihrer großen Wichtigkeit unbenommen herbei in den Vordergrund zu rufen. Auch ich stand unter diesem Eindruck, hat aber sofort auf einer Erwiderung an Herrn Sch. um Wort. Nach meinen Aufzeichnungen, die ich mit wegen der Wichtigkeit der Sache alsbald gemacht habe, laute ich darin etwa: Ich meine die Verbilligungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht. Es brauche doch nicht gleich zu einem Bürgerkrieg zu kommen, wenn mal eine Koalition von der anderen abgelehnt würde. Das ist einfach das Wesen der parlamentarischen Regierung, und keine Koalition könne mit einer Verbilligung über-

berachtet werden. Warum sollte es auch nicht möglich sein, eine neue regierungsfähige Koalition als Vorbedingung der Ordnung lebenden gegenüber dem sozialdemokratischen Sozialismus zu finden? Danach entgegnete Herr Scheidemann etwa: Nein, Herr Sch. eine solche Koalition ist nach Lage der Dinge nicht möglich. Man kann den alten Sozialdemokraten, insbesondere den Sozialdemokraten, nicht zuzumuten, mit den Parteien zusammen zu arbeiten, von denen sie in den anderthalb Jahren deutscher Republik so unerbötlich bekämpft und heruntergerissen worden sind. Der linken Rechten und auch im weiteren Bereich der Beratungen hatte ich allerdings den Eindruck, daß der Herr Oberbürgermeister seine Voraussetzungen von dem drohenden Bürgerkrieg innerhalb zweier Monate jetzt am liebsten umgekehrt gemacht hätte.“

Aus diesen Äußerungen Scheidemanns geht ganz klar hervor, welchen Kurs unter seiner Führung die alte Sozialdemokratie halten wird. Wenn nicht alles täuscht, stehen wir innerlichlich vor dem Scheitern der Verhandlungen, von einem großen Gewinn dem Bürgerkrieg auf der einen Seite und den drei sozialistischen Parteien auf der anderen Seite.

## Die Landtagswahlen in Anhalt

Aus Dessau wird uns geschrieben:  
Die in Anhalt so heftig und in Anhalt zugleich mit den Reichstagswahlen die Wahlen zum Landtag stattgefunden. Die Entscheidung war hier genau wie im Reich: man dachte daran, die beziehungsgewandte Landesoberverwaltung, eine Umwälzung von Seiten im Geheimen einleitungsloste, vor dem Herbst nach Hause zu schicken. Erst in den Tagen der Spätsommerferien konnten man sich auf der Anhalt, daß die Landtagswahlen unermüßig nachzugehen seien. Es wurden dann, wie die Reichstagswahlen, auf den 6. Juni festgesetzt. Die regierende Sozialdemokratische Fraktion, daß sie auf die Seite der Linken gehen würde als bei getrennten Wahlen, weil die Landtagswahlen bei der Wahlberechtigung von den anfanglichen Wählern abstanden wurden. Es sollte aber dieses Opfer bringen, um dem Kiste die Aufregung einer nochmaligen Wahl zu erparen.  
Diese Selbstlosigkeit kam von vornherein sehr bedächtig. Sie wurde erst in die richtige Bedeutung gebracht durch die Art der Wahlberechtigung, die in Anhalt besteht. Für die Reichstagswahl wurde der Parteien nicht gestattet, eigene Stimmzettel auszugeben, sondern es wurde ein amtlicher Stimmzettel hergestellt, auf dem sämtliche acht Wähler Platz fanden, jede in einem Wahlkreis, der vorher mit dem herausgegeben und in den durch den Wahlberechtigten beschrifteten Umschlag gelegt werden mußte. Anders bei der Landtagswahl. Auch hier wurde ein amtlicher Stimmzettel ausgeben, auf dem fünf Wähler Platz gefunden hatten: in der oberen Reihe drei, in der unteren zwei, je nach die Art der Wahlberechtigung, die in Anhalt besteht. Die Stimmzettel wurden mit dem amtlichen Stimmzettel zusammengegeben, der in der oberen Reihe drei, in der unteren zwei, je nach die Art der Wahlberechtigung, die in Anhalt besteht. Die Stimmzettel wurden mit dem amtlichen Stimmzettel zusammengegeben, der in der oberen Reihe drei, in der unteren zwei, je nach die Art der Wahlberechtigung, die in Anhalt besteht. Die Stimmzettel wurden mit dem amtlichen Stimmzettel zusammengegeben, der in der oberen Reihe drei, in der unteren zwei, je nach die Art der Wahlberechtigung, die in Anhalt besteht.

„Es ist zweifellos und darum unnötige Zeit, und Kraftvergehung, sich eingehend mit der Beratung des neuen Verfassungskonzepts zu befassen. Er sei genügend untersucht, um sagen zu können, daß wir vorausichtlich innerhalb zweier Monate ein Bürgerkrieg in Deutschland haben würden. Dann werde ja das alles über den Haufen geworfen. Die einzige regierungsfähige Koalition für die bisherige gewesen. Nun, da sie in Frage gestellt, müßte mit dem Schlimmsten gerechnet werden.“

„So und nicht anders ist die Sache! Der größte Teil der Mitglieder des Ausschusses haben sich demgegenüber verhalten, wie mit dem Befehligen. Mehr infolge der Aufregung der Ausschussmitglieder über das 5 Millionen-Darlehens noch infolge der Ausführungen eines volksparteilichen Stadtdirektors über die Verbilligung der Lebensmittel hat Herr Oberbürgermeister sich, seine Ausführungen nicht. Sie erfolgen ziemlich unermittelbar, aber wegen ihrer großen Wichtigkeit unbenommen herbei in den Vordergrund zu rufen. Auch ich stand unter diesem Eindruck, hat aber sofort auf einer Erwiderung an Herrn Sch. um Wort. Nach meinen Aufzeichnungen, die ich mit wegen der Wichtigkeit der Sache alsbald gemacht habe, laute ich darin etwa: Ich meine die Verbilligungen des Herrn Oberbürgermeisters nicht. Es brauche doch nicht gleich zu einem Bürgerkrieg zu kommen, wenn mal eine Koalition von der anderen abgelehnt würde. Das ist einfach das Wesen der parlamentarischen Regierung, und keine Koalition könne mit einer Verbilligung über-

Zwischen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei war, vor den Wahlen mit Einverständnis des Landtags, der







